



Diese Ausbildung hat Zukunft

In viereinhalb Monaten
wurde Stefan Vujasinovic
zum Elektropraktiker.

Seiten 4-6

Ihre Rechte im Job

Arbeitnehmerschutz ist nicht vom
Himmel gefallen. Vor 50 Jahren hart
er kämpft und heute bedroht - Seite 7

So teuer ist die Schule

Der Bildungserfolg unserer Kinder
hängt von der Geldtasche der Eltern ab.
Das kann es wohl nicht sein - Seiten 10-11

Wählen gehen und die eigene Zukunft mitbestimmen

Am 29. September ist Nationalratswahl in Österreich. Der Ausgang entscheidet auch, in welcher Arbeitswelt wir leben werden.



Isabell Falkner
Chefredakteurin

Es gibt viele gute Gründe, wählen zu gehen. Gerade für Arbeitnehmer:innen. Denn wer in den nächsten Jahren die Gesetze macht, entscheidet maßgeblich darüber, wie unsere Arbeitswelt aussehen wird. Werden wir später in Pension gehen müssen? Wird es die Möglichkeit von Altersteilzeit noch geben? Kommt eine Arbeitszeitverkürzung? Wer wird Bildungskarenz in Anspruch nehmen können? Und wie werden junge Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können? Es geht aber noch um viel mehr: zum Beispiel

um ein Gesundheitssystem, das die beste Versorgung für alle garantiert. Oder ein Bildungssystem mit einer klaren politischen Strategie, das allen Kindern die besten Chancen garantiert und unser Land zukunftsfit macht. Auch die Frage, wie Wohnen für die Menschen in Österreich leistbar bleibt, erfordert dringend politische Antworten.

Es ist also für uns alle von großer Bedeutung, von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Denn: Jede Stimme hat Einfluss auf die Politik, die unser Leben bestimmt. Wer sich dafür

entscheidet, nicht wählen zu gehen, überlässt es anderen, über die Zukunft zu entscheiden. Nur wer aktiv mitgestaltet, indem er oder sie von seinem oder ihrem Wahlrecht Gebrauch macht, kann beeinflussen, in welchem Ausmaß die eigenen Interessen in Zukunft berücksichtigt werden.

Wahlergebnisse sind oft knapp. Daher gilt: Jede Stimme zählt für eine gerechte und gute Zukunft.

Ihre

isabell.falkner@akooe.at



GUT ZU WISSEN

Wie viele holen sich die Wohnbeihilfe nicht?

Die Wohnbeihilfe soll leistbares Wohnen für Menschen mit niedrigem Einkommen ermöglichen. Es gibt jedoch hohe Hürden. Darum können viele das Angebot nicht wahrnehmen. Wie hoch ist der Anteil der Haushalte, die einen Anspruch auf Wohnbeihilfe hätten, jedoch keinen Antrag stellen?

- a) die Hälfte b) ein Drittel c) ein Fünftel

Die Auflösung finden Sie auf **Seite 12**.



KURZ & BÜNDIG

Hochkultur für Alle

Der Herbst bringt klassische Kultur zu günstigen Preisen. Im Brucknerhaus gibt es in der Reihe AK-Classics tolle Konzerte mit Meisterwerken von Mozart über Bach bis Richard Wagner zu hören. Neu in der Saison 2024/2025: Die Konzerte beginnen schon um 19 Uhr. Dadurch wird die Heimfahrt für viele Besucher:innen einfacher und stressfreier. Ab 25. November startet die Konzertreihe mit vergünstigtem Eintritt für AK-Mitglieder. Mehr Infos: ak-report.at

wird. Mehr nützliche Informationen zu Ihren Fahrgastrechten finden Sie unter ak-report.at.

Bauen ohne Ärger

Der Weg zum Wunsch-Haus ist oft mit Bauhürden gepflastert. Aus der Beratung wissen wir, was schief gehen kann. Das geballte Wissen vom Grundstückserwerb bis zur Bauausführung haben wir in der Broschüre „Bauen ohne Ärger“ zusammengefasst. Einfach QR-Code scannen und Tipps für die Praxis holen.



Ihre Rechte als Fahrgast

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes geht mit vielen Baustellen einher. Wer täglich mit dem Zug unterwegs ist, kann ein Lied davon singen. Als Fahrgast müssen Sie Verspätungen oder Zugausfälle nicht hinnehmen. Anstatt Sie mit Gutscheinen abzuspeisen, muss das Bahnunternehmen einen Teil des Ticketpreises erstatten oder sogar für Mahlzeiten und Unterkunft aufkommen. Auch Pendler:innen haben ein Anrecht auf Rückerstattung, die einmal im Jahr gutgeschrieben

Weiterbildung ist Arbeitszeit

Sie wollen sich beruflich fortbilden, schaffen es aber nicht in Ihrer Freizeit? Es gibt eine gute Nachricht: Dank AK gelten Aus-, Fort- oder Weiterbildungen, die Voraussetzung für den Job sind, nun als Arbeitszeit. Sie müssen auch vom Arbeitgeber bezahlt werden. Mehr Details lesen Sie unter ak-report.at.



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53401-2408-1011



Produziert nach der Richtlinie des
österreichischen Umweltzeichens,
„Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Magazin für Arbeitnehmer:innen in Oberösterreich.
Nr. 4, 25. September 2024, 55. (79.) Jahrgang. Erscheint fünfmal im Jahr.
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz,
Tel.: +43 (0)50 6906-2180, E-Mail: kommunikation@akooe.at

Redaktion: Isabell Falkner (CR), Walter Sturm (stv. CR), Dominik Bittendorfer (CvD),
Bianca Karr-Sajtarevic, Gregor Kraftschik, Stefan Langes, Ulrike Mayr-Gassenbauer, Michael Petermair
(CvD), Hans Promberger, Karin Windpessl
Produktion, Layout: Gregor Mitterlehner, David Ruis
Fotos: Wolfgang Spitzbart, Christoph Staudinger

Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., Verlagspostamt 4000 (4020) Linz
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe [ooe.arbeiterkammer.at/impressum](https://www.ooe.arbeiterkammer.at/impressum)
Auflage: 547.000. Die nächste Ausgabe erscheint am 18. Dezember 2024.

„Wenn's immer so weiter geht, wie geht's dann für uns weiter?“

Betriebskosten und Mieten steigen rasant. Das bringt Mieter:innen in Oberösterreich unter Druck. Nur wie kann Wohnen für die Vielen wieder leistbar werden? Die Arbeiterkammer hat zukunftsweisende Vorschläge.

Strom, Heizung, Wasser, Kanal: „Alles ist teurer geworden.“ Herr B. sitzt vor seiner aktuellen Betriebskostenabrechnung. „Klar, die hohe Inflation spüren wir auch hier“, meint der Arbeiter. „Nur, wenn das immer so weiter geht, wie geht's dann für mich und meine Familie weiter?“ Die neuen Vorauszahlungen für die Betriebskosten sind um gut zehn Prozent gestiegen. „Und wer hilft uns? Die Regierung hat ja doch bisher nur zugeschaut. Ich kenne keinen, der vom Mietpreisdeckel profitiert hätte“, meint Herr B.

Wer hat besonders zu kämpfen?

Gestiegene Mieten und hohe Betriebskostenabrechnungen haben vielen Menschen in Oberösterreich den Sommer vermiest. Ein Blick in den „AK Wohnzufriedenheitsindex“ (Wohnzu) zeigt: Während Mieter:innen 2023 noch durchschnittlich 761 Euro an Miete zahlen mussten, sind es im zweiten Quartal 2024 bereits 783 Euro. Auf den Quadratmeter gerechnet ist das ein mittleres Plus von gut fünf Prozent.

Die Folgen machen nicht nur Herrn B. zu schaffen: Ganze 54 Prozent der im Rahmen des „Wohnzu“ Befragten beurteilen die Leistbarkeit ihrer Wohnsituation als kritisch oder als schlecht. Rund zwei Drittel fühlen sich durch die Mieterhöhungen belastet. Besonders Menschen mit einem Einkommen von weniger als 1.350 Euro netto pro Monat stehen bei den Wohnkosten stark unter Druck. Wer Arbeit sucht, in Karenz ist, Teilzeit arbeitet oder noch keine 30 Jahre alt ist, hat besonders zu kämpfen.

Der von Herrn B. angesprochene Mietpreisdeckel der Bundesregierung sollte Wohnen wieder leistbar machen. Nur: Gut ein Fünftel der im „Wohnzu“ Befragten hat noch nie etwas vom Mietpreisdeckel gehört. Sechs von zehn Befragten antworteten auf die Frage, ob sich die finanzielle Belastung bei den Mietkosten durch die Mietpreisbremse verbessert habe: Die Situation habe sich „eher nicht“ oder „gar nicht“ verbessert.

Wem hilft der Mietpreisdeckel?

Auch wenn die Inflation in der ersten Jahreshälfte 2024 im Vergleich zum Vorjahr niedriger ist: Die Preise bleiben hoch, die Folgen der Teuerung spürbar. Nur die Regierung handelt beim Kampf für leistbares Wohnen zu zögerlich. Das spiegelt sich auch im „Wohnzu“: Gerade einmal 16 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Bundesregierung unternehme genug, um für leistbares Wohnen zu sorgen.

Herr B. wohnt privat zur Miete. Er hat nichts von der

Mietpreisbremse der Bundesregierung, weil sie für seine Wohnform nicht gilt. Darum fordert die AK eine echte Mietpreisbremse für sämtliche Mietformen, rückwirkend ab Jänner 2023. Dazu maximal eine Mieterhöhung pro Jahr, die höchstens zwei Prozent betragen darf.

Sozialer Wohnbau? Mangelware!

Eine Möglichkeit für Herrn B., günstiger zur Miete zu wohnen, wäre, in eine geförderte Wohnung umzuziehen. Nur: Viele Menschen haben keine Chance auf eine Genossenschaftswohnung, weil es viel zu wenige davon gibt. Darum fordert die AK, mindestens 2.800 Einheiten pro Jahr zu bauen, um günstigeres Wohnen zu ermöglichen.

chen. Es wird an der zukünftigen Bundesregierung liegen, ob sich die Situation von Menschen wie Herrn B. verbessert. Die hilfreichen Vorschläge der Arbeiterkammer liegen am Tisch.

gregor.kraftschik@akooe.at



Andreas Stangl
Präsident

» Mehr und mehr Menschen kämpfen mit den steigenden Wohnkosten. Wir haben Vorschläge, die helfen können. Es wird auch am Wahlausgang liegen, ob sich die Situation für die Menschen verbessert oder weiter verschlechtert. «



In viereinhalb Monaten zum Elektropraktiker

Diese Ausbildung hat Zukunft

Wie installiert man eine Photovoltaik-Anlage? Oder eine E-Auto-Ladestation? Das und vieles mehr haben Crina Fira, Massaba Karagholi und Stefan Vujasinovic gelernt. In ihrer vom Berufsförderungsinstitut OÖ angebotenen Ausbildung in den Räumlichkeiten von BRP-Rotax in Gunskirchen.

Crina Fira ist gebürtige Rumänin. Ihre ersten Lebensjahre verbrachte die junge Frau in einem kleinen Dorf, das nicht weit entfernt von der Hauptstadt Bukarest liegt. Als sie noch zur Schule ging, zog sie mit ihren Eltern nach Spanien. „Weil sich mein Vater dort mehr berufliche Möglichkeiten erhoffte“, erzählt sie.

Verständlich. Rumänien ist auch jetzt, 17 Jahre nach dem EU-Beitritt, eines der ärmsten Länder in Europa. Korruption und Amtsmissbrauch gehören noch immer zum Alltag. Heute lebt Crina, die 28 Jahre alt ist, in Österreich. Genauer gesagt in Eberstalzell. Seit mittlerweile acht Jahren ist das Land der Berge, in das sie durch den Tipp einer Freundin gekommen ist, zu ihrer neuen Heimat geworden.

„Ich fühle mich hier sehr wohl, habe schon so viele nette und hilfsbereite Menschen getroffen“, erzählt sie in perfektem Deutsch.

Nachdem sie fast sechs Jahre lang Ladegeräte bei der Firma Fronius in Pettenbach zusammengebaut hatte, wollte sie etwas Neues ausprobieren. „Weiterbilden ist für mich sehr wichtig. Und irgendwie bin ich auf die Elektro-

praktiker-Ausbildung gestoßen, die ich schließlich auch absolviert habe“, berichtet Crina stolz. Dieser Lehrgang, der viereinhalb Monate dauert und Teil der Elektrotechniker-Lehre ist, wird vom Berufsförderungsinstitut (bfi) Oberösterreich angeboten und vom Land OÖ, vom Arbeitsmarktservice (AMS) sowie von der Europäischen Union über den sogenannten Just Transition Fund finanziert.

In den Räumlichkeiten von BRP-Rotax

Kursort ist Gunskirchen. Im Regionalen Innovations Centrum (RIC), das sich in den Räumlichkeiten des weltweit tätigen Unternehmens BRP-Rotax befindet. „Wir sind als bfi hier eingemietet und haben

» Weiterbilden ist wichtig.
Zum Glück bin ich auf diesen
tollen Lehrgang gestoßen.«

Crina Fira ist jetzt Elektropraktikerin

nur gute Erfahrungen mit unserem Hausherrn gemacht. Die Ausbildung ist praxisnah und die Teilnehmer:innen können ihre Kompetenzen im Bereich Green Jobs

und Nachhaltigkeit erweitern“, sagt Edda Berger, die Kursleiterin des Lehrgangs. So lernen die zukünftigen Elektropraktiker:innen etwa, wie man Photovoltaik-Anlagen installiert und wie Ladestationen für E-Autos montiert werden müssen.

Ist es Gleichstrom oder doch Wechselstrom?

„Wir wollen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern etwas mitgeben, das sie vorher noch nicht konnten. Sie lernen die Fachbegriffe für Werkzeuge kennen, welche Gefahren bei dieser Arbeit lauern und was bei Gleichstrom- und Wechselstromtechnik zu beachten ist“, so Kursleiterin Berger.

Dass diese vom bfi angebotene Ausbildung zukunftsfruchtig ist, hat auch Stefan Vujasinovic erkannt. Als 20-Jähriger ist der gebürtige Serbe vor zwei Jahren nach Österreich gekommen und hat auch gleich einen Job als Fräser bekommen, bei der Firma HFB Wälzlager-Gehäusetechnik.

Doch dann wurden mehrere Stellen abgebaut. Auch Stefan war davon betroffen. „Ich habe unzählige Bewerbungen geschrieben und von niemandem eine Antwort be-

kommen. Das war frustrierend. Darum habe ich mit dem Elektropraktiker-Lehrgang begonnen und ihn auch erfolgreich abgeschlossen. Jetzt habe ich eine Ausbildung, die gefragt ist“, sagt der junge Mann, der in Wels lebt. Kaum hielt er sein Zertifikat in Händen, hatte er schon einen neuen Job. Bei der Firma M-TEG in Marchtenk wurde er als Mitarbeiter für Elektromontagen eingestellt. „Das war natürlich eine gute Nachricht. Ich bin voll motiviert“, erzählt Stefan im Gespräch mit dem AK-Report.

Mit Serbiens Stürmer-Star Dusan Vlahovic gespielt

Jetzt muss er nur noch gesundheitlich fit werden. Der leidenschaftliche Hobbyfußballer ist nämlich seit einer Corona-Erkrankung beim Sport nicht voll belastbar. Und das schmerzt ihn gewaltig. „Ich habe in der Jugend mit Dusan Vlahovic gespielt, unserem serbischen Stürmerstar. Jetzt bin ich vorerst einmal bei Union Prambachkirchen in der 1. Klasse im Einsatz. Aber ich möchte schon wieder weiter oben spielen, wenn es mir gesundheitlich besser geht“, so der talentierte Linksfuß.

Dass es den beliebten Elektropraktiker-Lehrgang auch weiterhin

Weiter auf Seite 6 »



Crina Fira (oben) ist jetzt Elektropraktikerin. Auch Stefan Vujasinovic (unten links) hat den Lehrgang in Gunkskirchen in den Räumlichkeiten von BRP-Rotax erfolgreich absolviert. Für Kursleiterin Edda Berger (unten rechts) ist es wichtig, die Inhalte praxisnah zu vermitteln.





Massaba Karagholi hat in ihrer Ausbildung viel dazugelernt. Sie hofft, dass der Lehrgang nicht dem Sparstift zum Opfer fällt.

gibt, ist mehr als fraglich. Denn die Bundesregierung kürzte ja bekanntlich das AMS-Budget. Und das Arbeitsmarktservice hat bisher die praxisnahe Ausbildung in Günskirchen finanziell unterstützt. Was in Zukunft wohl nicht mehr möglich ist. Dabei sind ausgebildete Arbeitskräfte und ein gut aufgestelltes AMS wichtig für den Arbeitsmarkt der Zukunft.

Besonders junge Menschen würden unter fehlenden Mitteln

und Angeboten leiden. So waren zuletzt alleine in Linz rund 1.800 junge Menschen beim AMS vorge- merkt – ob arbeitslos, lehrstellensuchend oder in einer Schulung. Die Zahl der Jugendlichen in Schulung stieg um 12,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl Arbeits- und Finanzminister die alarmierenden Zahlen kennen, sind die Angebote des Arbeitsmarktservice durch die Kurzichtigkeit der Bundesregierung bedroht.

Der AK-Ausbildungsfonds

Falsche Erwartungshaltungen, unerwartete Lebensereignisse, veraltete Lehrpläne in den Ausbildungen oder auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind nur einige Gründe, die vor allem bei jungen Menschen zum Abbruch einer begonnenen Ausbildung führen können. Mit dem Ausbildungsfonds fördert die Arbeiterkammer Oberösterreich Projekte, die ähnlich dem Elektropraktiker-Lehrgang in Günskirchen sind und die vor allem junge Menschen beim Einstieg ins Berufsleben unterstützen. Sie tragen dazu bei, dass die Jugendlichen ihren Bildungsweg erfolgreich zu Ende gehen. Dazu stellt die AK Oberösterreich 3,5 Millionen Euro bis Ende 2024 zur Verfügung. „Mit dem AK-Ausbildungsfonds fördern wir Projekte, die mehr Chancen auf eine gute Zukunft für junge Menschen schaffen“, sagt AK-Präsident Andreas Stangl. Mehr Infos zum Ausbildungsfonds finden Sie unter ak-report.at.

Junge oft frühzeitig von Arbeitslosigkeit betroffen

Bereits heuer mussten die AMS-Personalressourcen gekürzt und wichtige Beratungsangebote eingestellt werden. Im kommenden Jahr drohen weitere massive Kürzungen. Junge Menschen wären davon besonders betroffen. Sie kommen oft frühzeitig mit dem Arbeitsmarktservice in Kontakt. Ursachen dafür sind einerseits der Rückgang offener Lehrstellen, aber auch mangelndes Schulwissen, psychische Probleme oder fehlende soziale Kompetenzen.

Beim AMS haben sie bisher qualitätsvolle Beratung und Unter-

stützung gefunden. Ob das auch in Zukunft noch der Fall sein wird, steht in den Sternen.

AMS-Budget müsste deutlich erhöht werden

Klar ist: Das AMS-Budget müsste deutlich erhöht werden. Denn das Arbeitsmarktservice hat die Aufgabe, zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit in Österreich beizutragen. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, braucht es genügend Budgetressourcen.

Massaba Karagholi hatte genauso wie Crina Fira und Stefan Vujasinovic Glück und war noch nicht betroffen von den Einsparungen. Sie konnte am Elektropraktiker-Lehrgang dank der Unterstützung des AMS teilnehmen und ihn erfolgreich beenden.

In der Billa-Filiale an der Kassa gearbeitet

„Ich hoffe sehr, dass diese Ausbildung nicht dem Sparstift zum Opfer fällt. Wir haben in den viereinhalb Monaten wirklich viel gelernt, das wir in der Zukunft gut verwenden können. Es gibt sicherlich genügend andere junge Menschen, die diesen Lehrgang auch machen möchten“, sagt die 21-Jährige, die vor neun Jahren mit ihren Eltern aus dem Irak flüchten musste, weil ihr Vater politisch verfolgt wurde. „Das war eine schlimme Zeit, aber jetzt bin ich glücklich und dankbar, dass ich in Österreich, in Lambach, leben darf“, so die junge Frau, die vor dem Lehrgang unter anderem in einer Billa-Filiale an der Kassa gearbeitet hat.

„Ich habe in meinem Alter bereits gelernt, dass man sich nie ausrasten darf auf dem, was man schon erreicht hat. Man muss immer wieder etwas Neues dazulernen“, erzählt sie und trinkt einen Schluck aus einer 0,5-Liter-Flasche „Frankenmarkter Zitrone“. „Ein Getränk aus der Region. Ich bin halt bestens integriert“, sagt sie mit einem Lächeln.

michael.petermair@akooe.at

Das wichtigste Gesetz zum Schutz der Arbeitnehmer

Unsere Rechte am Arbeitsplatz sind nicht vom Himmel gefallen. Sie mussten und müssen weiterhin erkämpft und in Gesetze gegossen werden.

Das österreichische Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) wird heuer 50 Jahre alt. Wer nach diesem Satz den Drang verspürt, umzublättern, sollte zumindest noch ein Stück weiterlesen. Denn ohne dieses Gesetz wären die Arbeitnehmer:innen ihrer wichtigsten Rechte am Arbeitsplatz beraubt, unternehmerischer Willkür ausgeliefert und würden viel Geld verlieren.

Kollektivverträge regeln die Arbeitsbedingungen

Alleine im Vorjahr hat die Arbeiterkammer Oberösterreich in Arbeitsrechtsverfahren vor Gericht 15 Millionen an vorenthaltenen Löhnen und Gehältern für ihre Mitglieder erstritten. Wichtigste Grundlage für diese Erfolge sind die Kollektivverträge, die im ArbVG geregelt und von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden ausgehandelt werden. Sie legen in fast allen Branchen detailliert Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und die Entlohnung fest. Zahlt eine Firma nicht das, was Mitarbeiter:innen laut Kollektivvertrag zusteht, oder verstößt sie gegen andere dort festgeschriebene Rechte, können die Beschäftigten dagegen vorgehen, wenn nötig auch vor Gericht, mit kostenloser Unterstützung der AK.

Auch das Recht auf Gründung eines Betriebsrats steht im ArbVG. Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber. Er überwacht die Einhaltung von Arbeitsgesetzen, Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen. Letztere kann der Betriebsrat direkt mit der Geschäftsführung zu vielen wichtigen Themen abschließen.



Ein Betriebsrat kann für alle sprechen. Das ist ein Vorteil bei Verhandlungen.

ßen etwa zu Gleitzeit, Homeoffice oder Schutz vor Überwachung am Arbeitsplatz.

Mitbestimmung und Informationsrechte

Er hat das Recht auf Mitbestimmung bei betrieblichen Angelegenheiten und muss in Entscheidungen zu Arbeitszeit, Entlohnung oder Arbeitsbedingungen eingebunden werden. Bei Missständen kann er intervenieren und Maßnahmen ergreifen. Da er Kündigungsschutz genießt, kann er mit

der Geschäftsführung auf Augenhöhe sprechen und verhandeln.

Für die Arbeitnehmer:innen ist die Gründung eines Betriebsrates auch der beste Schutz gegen Verletzungen ihrer Rechte durch Unternehmen. Der Beweis: Gut 80 Prozent aller Fälle, in denen die AK wegen Arbeitsrechtsverletzungen eingreifen muss, passieren in Betrieben ohne Betriebsrat.

Das ArbVG ist für Arbeitnehmer:innen Gold wert. Wenn es das Gesetz noch nicht gäbe, müsste man es sofort erfinden.

walter.sturm@akooe.at

Ihr Recht am Arbeitsplatz

Das Arbeitsverfassungsgesetz in Österreich sichert Arbeitnehmer:innen verschiedene Rechte. Hier das wichtigste in Kürze.

Arbeitnehmer:innen haben:

- Anspruch auf Informationen über den Betrieb, z. B. über wirtschaftliche Angelegenheiten, Umstrukturierungen oder Arbeitsplatzveränderungen.
- das Recht, sich in Betriebsräten zu organi-

sieren. Diese können bei Entscheidungen im Betrieb, etwa in personellen Angelegenheiten, bei Einstellungen oder Kündigungen, mitwirken und zu vielen wichtigen Themen, wie z.B. Arbeitszeiten oder betrieblichen Sozialleistungen, Betriebsvereinbarungen abschließen.



Dr. Gerhard Bremm

AK-Rechtsexperte

Betriebsräte gründen

Eines der wichtigsten Rechte, die das Arbeitsverfassungsgesetz Arbeitnehmer:innen garantiert, ist das Recht auf einen Betriebsrat. Wir sprachen darüber mit Dr. Gerhard Bremm, dem Leiter des AK-Kompetenzzentrums Berufliche Interessenvertretung.

AK-Report: Im welchen Unternehmen kann man einen Betriebsrat gründen?

Bremm: Im ArbVG ist festgelegt, dass in jedem Unternehmen ab fünf dauerhaft Beschäftigten ein Betriebsrat zu gründen ist. Das heißt: Wenn die Arbeitnehmer:innen das wollen, kann das rechtlich niemand verhindern.

Wie geht man das an?

Eine Betriebsratswahl ist eine echte demokratische Wahl, bei der einiges zu beachten ist und keine Fehler passieren dürfen. Die Arbeitnehmer:innen sollten sich daher gleich an ihre Gewerkschaft wenden, die sie bei der Wahlvorbereitung und Durchführung gerne unterstützt.

Was bringt ein Betriebsrat den Beschäftigten?

Ein Betriebsrat hat eine viel stärkere Verhandlungsposition als Einzelne, weil er für alle Beschäftigten sprechen kann und einen Kündigungsschutz hat. Und in schwierigen Phasen, etwa bei Arbeitsrechtsproblemen oder drohenden Kündigungen, sind Betroffene nie allein, sondern haben mit dem Betriebsrat einen starken Partner an der Seite.



Fragen?
050 / 6906-1

Starke Frauen erobern Männersport

Die Linzer Valkyries beweisen, dass sich mutige Frauen in jedem Sport behaupten und dabei viel Spaß haben können. Zum Beispiel im Rugby.

Rugby, ein wildes Spiel für harte Burschen? Nicht nur. Wilde Fights und harte Tacklings auf dem Spielfeld gibt es auch bei den Linzer Valkyries, männlich ist allerdings nur der Trainer. Die Valkyries sind Oberösterreichs erster Frauen-Rugby-Verein.

Wer den Ball hat, darf umgerannt werden

Der Vollkontakt-Ballsport Rugby kommt aus England. Zwei Mannschaften versuchen, einen ovalen Ball am Gegner vorbei über eine Linie am Ende des Spielfeldes zu tragen. Passen ist nur seitwärts und rückwärts erlaubt. Zusatzpunkte bringt das Kicken des Balls durch die Rugby-Tore. Das Besondere: Die ballführenden Spieler:innen dürfen von den Gegner:innen nach bestimmten Regeln angegriffen und umgerannt werden. Das verleiht dem Sport sein raues Image.

„Alles halb so wild. Blaue Flecken gibt's schon mal, größere Ver-



Edith Aicher und die Linzer Valkyries in ihrem Element: Mit vollem Einsatz, hohem Tempo und ohne Berührungsängste werfen sie sich beim Rugbyspielen ins sportliche Getümmel.



letzungen ganz selten“, sagt Spielerin und Teammanagerin Edith Aicher, von Beruf Physiotherapeutin bei der Österreichischen Gesundheitskasse. Der Spaß und die soziale Seite ihres Sports sind für sie genauso wichtig wie das Spiel selbst: „Wir kennen die Spielerinnen der ganzen Damenliga gut und freuen uns vor jedem Turnier auf die Begegnungen auch abseits des Spielfeldes.“

Die österreichische Frauen-Meisterschaft tragen sieben Teams in vier Turnieren aus. Die meisten sind Spielgemeinschaften zweier

Vereine. Die Valkyries treten gemeinsam mit den Tiger-Ladies aus Klagenfurt an. Gespielt wird mit sieben Spielerinnen pro Team.

Eigener Verein als Akt der Emanzipation

Begonnen haben die Valkyries 2012 als kleine Gruppe im (Männer-)Rugby Club Linz. 2022 haben sie ihren eigenen Verein gegründet. „Wir trainieren immer noch regelmäßig und gemeinsam mit den Männern, haben aber jetzt einen eigenen Vorstand, eigene Finanzen

und können unsere eigenen Entscheidungen treffen“, begründet Edith Aicher diesen Schritt.

Sie möchte noch mehr Mädchen und Frauen zum Mitspielen motivieren. „Bei uns zählen die Leitmotive des Welt-Rugby-Verbandes: Leidenschaft, Solidarität, Integrität, Disziplin und Respekt. Aber wir machen auch ohne Rugby viel gemeinsam. Das ganze Team ist wie eine große Familie.“

Wer in den Sport reinschnuppern will, erreicht den Verein unter valkyries@valkyrieswrc.at.

walter.sturm@akooe.at

Kilometergeld angehoben: Zu wenig und viel zu spät!

Der jahrelange Druck seitens Arbeiterkammer, Gewerkschaften und ÖGB hat endlich Früchte getragen: Das amtliche Kilometergeld wurde auf einheitlich 50 Cent pro Kilometer angehoben. Die Anhebung kommt aber viel zu spät und nicht im geforderten Ausmaß.

Anhebung gleicht die Inflation nicht aus

Seitdem das Kilometergeld im Juli 2008 zuletzt erhöht wurde, beträgt die Inflation rund 50 Prozent. Das hätte eine Anhebung auf 60 Cent pro Kilometer notwendig gemacht. Auch die seit vielen Jahren gefor-

derte Erhöhung der Tages- und Nächtigungsgelder wurde halbherzig umgesetzt – nämlich lediglich von 26,4 Euro auf 30 bzw. 15 auf 17 Euro. Die Inflation seit der letzten Anpassung im Jahr 1990 beläuft sich auf mehr als 100 Prozent. Eine Erhöhung der Taggelder auf 55 Euro und der Nächtigungsgelder auf 31 Euro wären daher notwendig.

Die AK vermisst außerdem eine Reparatur der Pendlerpauschale. Diese sollte in einen einkommensabhängigen Absetzbetrag mit Ökobonus umgewandelt werden, um die Bevorzugung der Besserverdiener:innen zu korrigieren.

„Hurra, November!“ bringt Kultur zum halben Preis

Die AK Oberösterreich und ihre Kooperationspartner haben im November ein tolles Angebot für alle AK-Mitglieder in Oberösterreich: Auf Tickets für Veranstaltungen in der AK Linz und bei den Partner:innen gibt es 50 Prozent Rabatt.

Günstige Kultur-Tickets in ganz Oberösterreich

Posthof Linz, Kultur.Park.Traun, Local-Bühne Freistadt, GUGG Braunau, Zuckerfabrik Enns und Tribüne Linz machen mit. Die ermäßigten Karten gibt's, solange der Vorrat reicht.



Neue Rabattaktion im Kulturnovember.

Besuche in Museen sind sogar um nur 1 Euro möglich. So günstig öffnen sich die Museumstüren für AK-Mitglieder bei den Linzer Museen Ars Electronica Center, Lentos und Nordico sowie beim Museum Arbeitswelt Steyr. Alle Infos gibt es online unter ak-report.at.



FILM AB!

„Der Buchspazierer“: Mit der AK ins Kino

Um die wunderbare Kraft von Büchern und Freundschaft geht es in der deutschen Romanverfilmung „Der Buchspazierer“.

Tag für Tag bringt der Buchhändler Carl Kollhoff seinen Kund:innen die bestellte Ware abends nach Geschäftsschluss direkt nach Hause. Bücher sind das größte Glück des wortkarigen Mannes, der sonst jeglichen Kontakt zu anderen Menschen scheut. Auf einem seiner Rundgänge heftet sich eines Tages die

neunjährige Schascha an seine Fersen. Das Mädchen begleitet ihn fortan, erobert sein Herz und jenes seiner Stammkund:innen und wirbelt sein Leben gehörig durcheinander.

Mitmachen und Kinoabend gewinnen

In den Hauptrollen spielen Christoph Maria Herbst als Carl, an seiner Seite Yuna Benett als Schascha und Ronald Zehrfeld



Ein warmherziger Film nach dem gleichnamigen Roman von Carsten Henn.

als Schaschas Vater. Arbeiterkammer, ORF Oberösterreich und Star Movie Kinos laden Sie sehr herzlich ein: zum kostenlosen Kinogenuss „Film AB!“ im eigens reservierten Kinosaal mit Popcorn, Cola & Co – exklusiv für AK-Mitglieder. Scannen Sie

den QR-Code mit Ihrem Smartphone und gewinnen Sie einen Kinoabend für zwei. Filmstart ist der 23.10. in allen Star Movie Kinos. Viel Glück beim Gewinnspiel.



Der Arbeitsinspektor kommt nicht erst dann, wenn es brennt

Unfälle am Bau, Umgang mit Gefahrenstoffen oder Belastung am Arbeitsplatz: Harald Totzauers Alltag ist auch nach 40 Jahren nicht monoton und eintönig.

Wenn die Arbeitsinspektion gerufen wird, ist Gefahr im Verzug. Gerade bei schweren oder sogar tödlichen Arbeitsunfällen. Dann heißt es keine Zeit verlieren, weiß Amtsleiter Dipl. Ing. Harald Totzauer: „Ist sicheres Weiterarbeiten nicht möglich, geht es darum, dafür zu sorgen, dass keine Folgeunfälle passieren.“ Arbeitsabläufe werden begutachtet, Gefahrenquellen ausgeschaltet. Der Schutz der Beschäftigten hat oberste Priorität.

Die meisten Unfälle passieren am Bau

Was aber sind die häufigsten Unfälle, zu denen das Arbeitsinspektorat Oberösterreich in den vergangenen Jahren gerufen wurde? „Unfallführend sind bei uns die Metall- und die Baubranche. Abstürze von Dächern, Gerüsten,



Seit 40 Jahren Harald Totzauers „Bibel“: das Arbeitnehmerschutz-Gesetz.

oder Unfälle bei der Montage von Solarpanelen kommen leider häufig vor.“ Aber nicht nur im Hochbau, auch im Tiefbau komme es zu Unfällen, wenn beispielsweise Sicherungen bei Künetten fehlen, so Totzauer.

Die Arbeitsinspektion kommt aber nicht nur dann zum Einsatz, wenn schon etwas passiert ist, sondern ist auch präventiv tätig. Routineinspektionen gehören zum täglichen Brot. „Wir decken bei unserer Arbeit ein riesiges Spektrum

ab“, erklärt Totzauer. „Ergonomie, Arbeitsplatzgestaltung, psychische Arbeitsbelastung, besondere Regelungen für Jugendliche oder Schwangere müssen von den Betrieben eingehalten werden.“

Die Arbeit ist komplex und vielfältig. Nachschlagewerk für die diversen rechtlichen Bestimmungen ist das umfangreiche Arbeitnehmerschutz-Gesetz aus dem Jahre 1995 samt seiner dazugehörigen Verordnungen, die ständig reformiert gehören. Totzauer nennt es ausgenutzt seine „Bibel“.

Neue Zeiten brauchen neue Regeln

Die Zeiten und somit auch die Arbeitsbedingungen ändern sich. „Gewalt am Arbeitsplatz, Digitalisierung: Wir brauchen ein angepasstes Regelwerk, das auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet ist“, sagt Totzauer.

Eine künftige Herausforderung für Betriebe ist das Finden von Mitarbeiter:innen. Je besser der Arbeitnehmerschutz, desto bessere Karten haben Unternehmen, aber auch Beschäftigte.

karin.windpessl@akooe.at

Im Herbst ist ein großer Brocken zu stemmen:

Der Schulstart geht ins Geld

Im vergangenen Schuljahr haben Eltern in Oberösterreich für den Schulbesuch eines Kindes durchschnittlich 2.324 Euro ausgegeben. In diesen Wochen rollt die nächste Schulkostenwelle über die Familien hinweg. Für viele ist die Schule eine massive finanzielle Belastung.

Stifte, Hefte, eine Füllfeder. Taschenrechner, Zirkel, Wachsmalkreiden. Wasserfarben, Heftmappen, Uhustick. Zeichenblock und Schere. Die Schultasche, Turnsachen, Schlapfen. Der Laptop! Die Kennenlertage, der Wandertag, die Fahrt ins Landestheater. Der Hort, das Jugendticket, der Schi-

kurs, der Nachhilfelehrer. All das kostet Geld. Viel Geld. Und was bleibt den Eltern von Schulkindern übrig, als all das zu bezahlen? Nichts. Denn Schulkosten sind unausweichlich, oft unplanbar und anhaltend. Sie verteilen sich über das gesamte Schuljahr und summieren sich kontinuierlich.

Im vergangenen Jahr – laut einer großen Schulkostenbefragung der AK und der Kronen Zeitung – auf mehr als 2.300 Euro pro Schulkind.

Große Aufregung, großer Bedarf an Schulsachen

Die Befragung fand in drei Wellen statt: Im November, im März und im Juni. An jeder Welle nahmen jeweils rund 2.000 Eltern teil. So auch Marco Stummer aus Linz. Seine Tochter Luise geht in die 4. Klasse Volksschule, Sohn Emil bestreitet heuer sein allererstes Schuljahr. Dementsprechend groß die Aufregung, dementsprechend groß der Bedarf an neuen Schulsachen. „Zum Schulanfang waren es für die Grundbesorgungen rund 300 Euro. Und das, obwohl der Osterhase schon die Schultasche für Emil gebracht hat“, sagt Marco Stummer. Dazu kämen Materialgeld, Ausflüge, Konzerte. „Alles extra zu bezahlen“, so Stummer.

Kostenbewusstsein fehlt an vielen Schulen

Seine Frau Christa Stummer ist Lehrerin an einer Volksschule. Um den Eltern fair und klar vor Augen zu führen, wofür wieviel Geld notwendig ist und ausgegeben wird, gibt es dort ein Klassenkonto. „Wir dokumentieren und rechnen trans-



Christa, Emil, Luise und Marco Stummer (v.l.) sind mit vielen neuen Schulsachen ins Schuljahr gestartet. Das ging ins Geld.

2.349 EUR

pro Jahr und Schulkind (in Summe)

So viel kostet den Eltern der Schulbesuch ihres Kindes im Durchschnitt. Das hat die große Schulkosten-Befragung von AK Oberösterreich und Kronen Zeitung für das Schuljahr 2023/24 ergeben.

784 EUR

für Hort, Mittagessen & Co.

Der größte Brocken sind die Kosten für Nachmittagsbetreuung, Hort und Mittagessen. Auch Internat, Gebühren für Privatschulen und Sommerbetreuung fallen hier hinein.

460 EUR

für private Nachhilfe

Was die Schule nicht leistet, müssen die Eltern übernehmen. Dadurch entstehen Kosten für Nachhilfe, Jausengeld, Selbstbehalte und anderes.



711 EUR

für Schulmaterialien

Ein großer Teil der gesamten Schulkosten geht für Unterrichtsmaterialien drauf. So etwa für Stifte, Hefte und Bücher und in höheren Schulstufen für EDV-Ausstattung.

394 EUR

für Schulreisen und Exkursionen

Projektwochen oder Schikurse sind für viele Kinder das absolute Highlight des Schuljahres. Nicht dabei zu sein, wäre die Höchststrafe. Für die Eltern sind oft die Kosten die Höchststrafe. Aber wer will schon, dass das eigene Kind nicht dabei sein kann?

parent ab“, sagt Christa Stummer. Dieses Bewusstsein für Kosten und finanzielle Belastungen der Eltern fehlt an vielen Schulen. Für viele Familien ist das eine (zu) große Belastung. Die Hälfte der von der AK befragten Eltern gab an, bei der Kleidung und bei familiären Aktivitäten sparen zu müssen. Viele Familien mussten heuer auf einen Urlaub verzichten.

Ganz ehrlich: Das kann es nicht sein. Der Bildungserfolg und die soziale Teilhabe von Kindern dürfen nicht von der Dicke der Geldtasche der Eltern abhängen. <

dominik.bittendorfer@akooe.at

AK-Vorschläge für ein besseres Schulsystem

Um allen Kindern die beste Bildung zukommen zu lassen, muss das Bildungssystem grundlegend umgebaut werden. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat dafür viele gute Vorschläge:

- Es braucht ein zweites verpflichtendes kostenloses Kindergartenjahr für alle Kinder, einen Rechtsanspruch auf einen qualitätvollen Betreuungsplatz ab dem 2. Lebensjahr und die Rücknahme der Elternbeiträge für die Nachmittagsbetreuung.
- Nötig sind die gemeinsame Schule für alle 6- bis 15-Jährigen, kostenlose schulische Förderung für alle, die sie brauchen, sowie ein flächendeckendes, gebührenfreies Angebot an Ganztagschulen.

Schul- und Heimbeihilfen müssen erhöht und sozial gerechter gestaltet werden. Die Schulen müssen versuchen, Kosten zu reduzieren. Mit einem Schulfonds sollen Familien bei der Finanzierung von Schulaktivitäten unterstützt werden.

- Die Schulfinanzierung muss transparent und gerecht nach dem AK-Chancen-Index erfolgen: Schulen mit größeren Herausforderungen sollen demnach mehr Geld bekommen.

Sie sorgen für mehr Sicherheit am Ar

Die Mitarbeiter:innen von Schütze Schuhe und Kaindl technischer Industriebedarf tragen dazu bei, dass die Arbeit in der Fabrik, auf der Straße, im Wald, in luftigen Höhen oder in der eigenen Werkstatt sicherer ist.

Bei einem Arbeitsunfall wurde ein 48-Jähriger schwer verletzt. Er stürzte beim Reinigen einer Dachrinne rund fünf Meter ab. Schwere Verbrennungen erlitt ein 77-Jähriger bei Arbeiten in seiner

Werkstatt. Als es beim Schleifen mit einem Trennschleifer zu einem Funkenflug kam, fing das Gewand am Oberkörper Feuer. Nur zwei Nachrichtenmeldungen, die wahrlich keine Einzelfälle sind. Bitte

anschnallen: 15.835 Arbeitsunfälle von unselbständig Erwerbstätigen erfasste die Statistik im Jahr 2023 alleine für Oberösterreich. Österreichweit waren es mehr als 76.500. Es reicht ein kurzer Moment der Unaufmerksamkeit und schon ist's passiert. Ob bei Hitze, Wind oder Kälte, ob am Hochofen, in Laboren oder Kühllagern – das Risiko eines Arbeitsunfalles lauert immer und überall. Richtige Ausrüstung und Bekleidung mögen nicht alle

Unfälle verhindern, aber sie können Gefahren und Verletzungen reduzieren. Sind Arbeitende unkonzentriert, werden insbesondere Beine und Füße schnell in Mitleidenschaft gezogen. Ausrutschen oder Stolpern sind Ursachen für schwere Verletzungen bei Dachdecker:innen, Rauchfangkehrer:innen oder Bauarbeiter:innen. Daher gilt es, sich mit geeignetem Schuhwerk zu bewegen.

150.000 Schuh-Paare: Sicherheit aus Tragwein

Bei der Firma Schütze Schuhe hat man jahrzehntelange Erfahrung, worauf es bei optimalen Arbeitsschuhen ankommt. Im kommenden Jahr feiert das Tragweiner Unternehmen sein 100-jähriges Bestehen. Mittlerweile liefert man in der fünften Generation hochqualitative Schuhe aus. 1925 gab es im Ort noch acht Schuhmacher, heute ist nur mehr Schütze Schuhe übrig.

150.000 Paare verlassen jedes Jahr die Halle des Mühlviertler Betriebs. 40 Beschäftigte kümmern sich um höchste Qualität. Mittels zweier Spezialmaschinen wird die Sohle aufs Oberteil des zugelieferten Schuhs montiert. Hochwertige Leder, synthetische Materialien und Metalle müssen strenge



Edith Hochegger und Thomas Hirschler von der Firma Schütze Schuhe kontrollieren die Qualität jedes einzelnen Schuh-Paares.

DAS STECKT DAHINTER

Wer profitiert vom Familienbonus?

Für viele ist der Familienbonus eine wichtige Entlastung. Das Problem: Er ist sozial ungerecht. Nicht alle Kinder profitieren gleichermaßen. Oder anders gesagt: Nicht jedes Kind ist gleich viel wert. Warum das so ist? Weil der Familienbonus nur voll ausgeschöpft werden kann, wenn man gut verdient. Der Familienbonus ist ein Absetzbetrag und mit der Höhe der bezahlten Lohnsteuer begrenzt. Wer also zu wenig Lohnsteuer bezahlt, kann ihn nicht in der vollen Höhe bekommen. Wer zum Beispiel Teilzeit an der Supermarktkasse arbeitet, hat kaum Chancen. Eine weitere Schieflage: Nur ein kleiner Teil der Familienboni geht an Frauen. Somit ist der Bonus auch zwischen den Geschlechtern unfair verteilt.

Auflösung von Seite 2 „Gut zu wissen“

Antwort b) ist richtig. Eine Studie des Zentrums für Europäische Wohlfahrts politik zeigt, dass rund ein Drittel der Haushalte, die Anspruch auf Wohnbeihilfe hätten, keinen Antrag stellen. Aus Sicht der AK ist das auch auf mangelnde Kundenfreundlichkeit bei der Antragstellung zurückzuführen.

AK sichert behinderter Frau den Arbeitsplatz

Die Erkrankung einer begünstigt behinderten Mitarbeiterin aus dem Bezirk Linz-Land wollte ihr Arbeitgeber nutzen, um die Frau im Krankenstand zu kündigen. Die Bürokratie litt nach einer Coronavirus-Infektion an Long-Covid-Symptomen.

Behindertenausschuss lehnt Kündigung ab

Kündigungen begünstigt behinderter Arbeitnehmer:innen erfordern die Zustimmung des Behindertenausschusses des Sozialministeriumservices. Im Verfahren wurde die Frau von einer Rechts-

expertin der AK Oberösterreich vertreten. Mit Erfolg: Die eingeholten Gutachten ergaben zweifelsfrei, dass die Frau weiterhin in der Lage war, ihre bisherige Tätigkeit auszuüben. Weiters stellte der Ausschuss fest, dass bei richtiger Behandlung mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer weiteren Besserung der Leistungsfähigkeit auszugehen sei. Das Interesse der Frau an der Aufrechterhaltung des Arbeitsverhältnisses sei daher höher zu bewerten, als das Interesse des Arbeitgebers an einer Kündigung. Der Antrag auf Kündigung wurde abgelehnt und die Frau behielt den für sie existenziell wichtigen Arbeitsplatz.

beitsplatz

Sicherheitsstandards erfüllen, um den Anforderungen des Arbeitsschutzes gerecht zu werden.

Sanfte Hammerschläge für bombenfeste Schuhe

Maschinenführer Thomas Hirschler schaut, dass die Schuhe jene Qualität erhalten, für die sie in der Fachwelt bekannt sind. Dazu justiert er die Passform nach und bringt den Schuh mittels sanften Hammerschlägen in die richtige Position. Schnelligkeit und Genauigkeit sind dabei gefragt. Das kann er besonders gut. Kein Wunder, ist der 42-jährige Perger doch in der Freizeit leidenschaftlicher Drummer der Band „Fuzzy Riots“. Bei dem Taktgefühl geht kaum ein Schuh verloren.

Edith Hochegger kontrolliert seit elf Jahren die fertigen Produkte, bevor sie zur Kundin oder zum Kunden gehen. Sie schätzt die Nähe der Arbeitsstätte zum Wohnort. Die einstige Kirchhamerin musste früher noch täglich zur Arbeit nach Vorchdorf fahren. Der Liebe wegen ist sie ins Mühlviertel gezogen. Der Arbeitsweg hat sich dank des Jobs bei Schütze Schuhe stark verkürzt. „Da sieht man, wie wichtig es ist, dass regionale Betriebe auch in herausfordernden Branchen Chancen sehen, wenn sie lokal produzieren“, sagt die Ar-



Michael Kirchmaier, Martin Neulinger und Moritz Loidl (von links) von der Firma Kaindl technischer Industriebedarf.



beiterin, die sich als Betriebsrätin für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen einsetzt.

Arbeitskleidung muss immer mehr fürs Auge sein

Die Sicherheit am Arbeitsplatz spielt auch bei Kaindl Technischer Industriebedarf eine zentrale Rolle. Das Leondinger Unternehmen bietet eine enorme Palette an Helmen, Handschuhen, Berufsbekleidung, Sicherheitsschuhen, Schutzbrillen und Atemschutzmasken. Sie sollen Arbeiter:innen vor Gefahren in industriellen Umgebungen schüt-

zen. 100.000 Artikel umfasst das Sortiment, 40.000 davon sind im Lager vorrätig. Neben der Arbeitskleidung für Forstarbeiter:innen oder Köch:innen stellt das Unternehmen auch Artikel gegen mögliche Abstürze bereit, die strengsten Sicherheitsstandards entsprechen und somit das Risiko von Arbeitsunfällen reduzieren. Zum Beispiel Auffanggeräte mit integrierten Sicherheitssystemen und Auffanggurte mit ergonomischen Designs, die Belastungen minimieren. Zudem beraten Kaindl-Mitarbeiter:innen Unternehmen, wie sie Arbeitsschutzmaßnahmen umset-

zen können. „Viele Produkte sind auch für Hobbybastler interessant. Gerade in der eigenen Werkstatt passieren Unfälle, die mit der richtigen Ausrüstung leicht zu vermeiden wären“, sagt Betriebsleiter Martin Neulinger.

Ein Trend, der auch bei Schütze Schuhe ein Thema ist, fällt Kaindl-Mitarbeiter Michael Kirchmaier auf: „Heute ist Arbeitskleidung nicht nur funktionell. Sie muss auch gut ausschauen, denn die Leute identifizieren sich mit ihr und tragen sie auch oft in der Freizeit.“

hans.promberger@akooe.at

Offener Lohn erst nach Exekutionsantrag bezahlt

Mit einer Frist von nur einer Woche kündigte eine Unternehmerin eine bei ihr beschäftigte Handelsarbeiterin aus Freistadt.

Kündigungsfrist nicht eingehalten

Laut Kollektivvertrag hätte sie aber eine Kündigungsfrist von sechs Wochen einhalten müssen. Und selbst für die letzten vier Arbeitswochen bezahlte sie der Arbeiterin den Lohn für die bereits geleistete Arbeit nicht aus. Die Frau wandte sich an die Arbeiterkammer Freistadt um Hilfe. Die zuständige AK-Rechtsexpertin forderte für sie

sämtliche offenen Ansprüche ein: Den offenen Lohn, eine Kündigungsentschädigung für die Zeit bis zum rechtskonformen Kündigungsstermin sowie die noch offenen Sonderzahlungen.

Weil die Unternehmerin nicht reagierte, brachte die Arbeiterkammer den Fall vor das Arbeits- und Sozialgericht, das zu 100 Prozent zugunsten der Arbeitnehmerin entschied. Selbst ein gerichtlicher Zahlungsbefehl brachte die Unternehmerin nicht zum Einlenken. Erst nach einem Exekutionsantrag bekam die Arbeitnehmerin die ihr zustehende Nachzahlung in der Höhe von insgesamt 3.272 Euro.



AK-Konsumentenschutz konnte hohe Stornozahlung abwehren

Auf einer Baumesse unterschrieb eine junge Frau überhastet einen Vertrag über den Bau eines Kamins. Die AK half ihr, kostenlos zu stornieren.

Diese Unterschrift sollte Frau K. teuer zu stehen kommen. Hätten ihr nicht die Konsumentenschützer:innen der AK aus der Patsche geholfen.

Der Reihe nach: Frau K. hatte eine Baumesse in Ried im Innkreis besucht. Dort unterschrieb sie bei einem deutschen Aussteller einen Vertrag für den Bau eines Kamins zum Gesamtpreis von 20.900 Euro.

Konsumentin wollte Kauf rückgängig machen

Später fühlte sich die Konsumentin überrumpelt und wollte das Geschäft rückgängig machen. „Da sie jedoch den Stand selbständig betreten hatte, also die Geschäftsanbahnung von ihr ausging, bestand kein gesetzliches Rücktrittsrecht“, erklärt Mag. Michael Kronlachner vom AK-Konsumentenschutz.



Konsumentenschützer Michael Kronlachner half Frau K. aus der Patsche.

Das Unternehmen verlangte von der Konsumentin eine Stornogebühr in Höhe von 5.225 Euro. Nach einem Telefonat wurde der Betrag auf 2.500 Euro reduziert. Aber auch das war für Frau K. zu viel. Sie wandte sich an die Konsumentenschützer:innen der AK.

Diese prüften die Vertragsunterlagen und stellten fest, dass es sich um einen Werkvertrag handelte. Laut der in den Vertragsbedingungen enthaltenen Stornoklausel hätten die Konsument:innen einen pauschalierten Schadenersatz in Höhe von 30 Prozent des

Nettorechnungsbetrages oder den tatsächlich entstandenen Schaden zu tragen. Eine solche Klausel ist rechtswidrig, weil sie die Konsument:innen gröblich benachteiligt. „Der Europäische Gerichtshof entschied in einem sehr ähnlichen Fall, dass das Unternehmen nach Wegfall einer rechtswidrigen Stornoklausel auch keinen Schadenersatz verlangen kann“, sagt Konsumentenschützer Kronlachner.

Klausel ungültig, Forderung unberechtigt

Die AK-Expert:innen empfahlen Frau K. daher, auf die Stornierung zu bestehen und keine Zahlungen zu leisten. Da das Unternehmen nicht einlenkte, wandten sich die Konsumentenschützer:innen direkt an das Unternehmen und erklärten, dass die Forderung aufgrund der ungültigen Klausel unberechtigt sei. Nach mehrfachen Erinnerungsschreiben lenkte die Firma ein und verzichtete auf die Forderung. Der Einsatz des Konsumentenschutzes hatte sich gelohnt und die Unterschrift kam Frau K. doch nicht teuer zu stehen.

dominik.bittendorfer@akooe.at



AK AM SCHAUPLATZ

Neuer Betriebsrat bei Corza Medical in Linz

Im Juli haben Beschäftigte des Linzer Betriebs von Corza Medical, der selbstauflösende Pflaster für innere Verletzungen produziert, erstmals einen Betriebsrat gewählt. Das Team der neuen Vorsitzenden des Arbeiterbetriebsrats, Melanie Stögmüller, bekam starke 94,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das macht nicht nur die neuen Betriebsrät:innen stolz, sondern auch AK-Vizepräsidentin Sandra Jurekovic, die die Wahl von Anfang an begleitet hat. Denn der neue Betrieb war erst im Mai aus dem Takeda-Konzern herausgelöst und verkauft worden. Dessen Arbeiterbetriebsrat in Linz führt Sandra Jurekovic. „Sobald wir vom geplanten Verkauf wussten, haben wir an der Gründung eines Betriebsrats gearbeitet. Mir ist es ganz wichtig, dass unsere Kolleginnen und Kollegen dort eine gute Vertretung haben“, sagt Sandra Jurekovic. Schon vor der Wahl hat sie die Kandidat:innen bestens informiert und vorbereitet. „Unsere ersten Ziele sind, eine gute Gesprächsbasis zur



AK-Vizepräsidentin Sandra Jurekovic mit den neuen Corza-Betriebsrät:innen Oliver Eder, Melanie Stögmüller (Vorsitzende) und Irene Fabian (von rechts).

Firmenleitung aufzubauen und alle Errungenschaften, die wir bei Takeda erreicht haben, auch bei Corza zu erhalten, vom Kollektivvertrag über Betriebsvereinbarungen und -pensionen bis zur firmenübergreifenden Arbeitsstiftung“, sagt Melanie Stögmüller. Sandra Jurekovic wird ihr dabei mit ihrer wertvollen Erfahrung weiterhin beratend zur Seite stehen.

walter.sturm@akooe.at



Was ist von rechten Parteien zu erwarten?

Was folgt, wenn radikal rechte Parteien Wahlen gewinnen? Der Politikwissenschaftler Philip Rathgeb untersucht in seinem aktuellen Buch, wie diese den Sozialstaat verändern wollen.



AK-Report: Herr Rathgeb, worum geht es in Ihrem Buch genau?

Rathgeb: Ich habe mir angesehen, wie rechtspopulistische und radikal rechte Parteien die Wirtschafts- und Sozialpolitik verändern. In Ost-, Nord-, Kontinentaleuropa und in den USA.

AK-Report: Was ist ihr Befund?

Rathgeb: Sie alle haben zwar eine ähnliche ideologische Ausrichtung gegen Migration und für autoritäre Wertvorstellungen, setzen aber gleichzeitig sehr unterschiedliche politische Maßnahmen um.

AK-Report: Woran liegt das?

Rathgeb: Das hat damit zu tun, wie unterschiedlich die Länder von der Globalisierung betroffen waren und sind. In Westeuropa haben wir relativ großzügige Wohlfahrtsstaaten und hohe Migration. Da kommt der Wohlfahrts-Chauvinismus ins Spiel. Das Kürzen von Sozialleistungen für Nicht-Staatsbürger ist so eine dominante Linie. In Osteuropa hingegen haben wir gar keine Migration. Im Gegenteil: Eher Auswanderung.

AK-Report: Warum sind dann gerade in den ehemals kommunistischen Ländern rechte Parteien so stark?

Rathgeb: Diese Länder waren wirtschaftlich sehr marod, brauchten westliches Kapital. Der ungarische Premier Orbán hat zum Beispiel gesagt: „Wir wollen eine eigene Bourgeoisie aufbauen, eine eigene Kapitalistenklasse, die dem Regime loyal

ist.“ Man hat Stimmung gegen ausländische Firmen gemacht und im heimischen Unternehmerbereich ein solches Klientel gesucht und auch gefunden.

AK-Report: Eine Klammer der rechten Parteien ist immer die Behauptung, sie würden sich für die so genannten kleinen Leute einsetzen. Ist das so?

Rathgeb: Es kommt darauf an, wen

Steuerpolitik anschaut, dann machen rechtspopulistische Parteien in Regierungsverantwortung zu großen Teilen eine Politik für ökonomische Eliten.

AK-Report: Was sind die Gründe, dass viele Menschen derartige Parteien wählen?

Rathgeb: Im Zuge der Globalisierung und De-Industrialisierung haben sich über die Zeit Status- und

Abstiegsängste in der Mittelschicht etabliert. Pandemie und Inflationskrise haben das verstärkt. Rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien können vor diesem Hintergrund mobilisieren und Feindbilder schaffen.

Wenn jemand zu mir sagt: „Dein Job ist zu fossil, du darfst nicht mehr Hochschullehrer sein“, würde ich mich auch bedroht fühlen. Bei der „grünen Transition“ erfährt dasselbe Milieu neue Unsicherheiten. Leute, die eher am Land leben, sollen Heizungen austauschen. Die haben aber

ein nicht ganz so hohes Einkommen, sind oft aufs Auto angewiesen und überproportional in fossilen Sektoren tätig. Es gilt, Statusgarantien abzuliefern und den Leuten zu erklären, dass dieser Übergang zwar notwendig ist, sie aber dadurch keinen Nachteil erleiden. Man muss also diesen Wählerinnen und Wählern konkrete Perspektiven gegen das Gefühl, abgehängt zu werden, anbieten. Sonst enthaupet sich die Politik.

AK-Report: Ist unsere Demokratie ernsthaft in Gefahr?

Rathgeb: Die Demokratie ist nicht durch Putsch oder Revolution gefährdet. Aber was wir beobachten können, ist eine Salami-Taktik. Dieses scheinbar schrittweise Abbauen von demokratischen Institutionen passiert so kleinweise, dass es oft gar nicht auffällt. Zum Beispiel durch das Infragestellen von Justiz und Staatsanwaltschaften oder kritischer Medien. Damit das in Österreich nicht passiert, braucht es eine wache mediale Öffentlichkeit und eine sensible Zivilgesellschaft.

hans.promberger@akooe.at

» Diese Parteien setzen sich nicht für die Armen ein, sondern kürzen in der Regel Leistungen. «

man unter den „kleinen Leuten“ versteht. Eines ist klar: Diese Parteien setzen sich nicht für die Armen in der Gesellschaft ein. Sie sehen den gesellschaftlichen Konflikt zwischen „Innen und Außen“ und nicht zwischen „Oben und Unten“. Beliebtes Schlagwort sind auch die „korrupten Eliten“. Aber wenn man sich die

AK-KLASSENFAHRTSBONUS

Zuschuss zu Klassenfahrten und Schulveranstaltungen
für Kinder der 5. bis 9. Schulstufe.

75 oder 150 Euro, einmalig für das Schuljahr 2024/25.

Alle Infos und Antragsformular:

ooe.arbeiterkammer.at/klassenfahrtsbonus

BIS ZU 150 EURO



Österreichische Post AG, MZ 02Z033936 M, Kammer für Arbeiter und Angestellte für
Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

ooe.arbeiterkammer.at



Andreas Stangl
Präsident

„Durch die überall gestiegenen Kosten sind die Familien stark belastet. Für ein- oder mehrtägige Schulveranstaltungen, bleibt daher oft kein Geld mehr. Mit unserem Klassenfahrtsbonus unterstützen wir die Familien dort, wo sie es wirklich brauchen.“